

# „Eine Axt über unseren Köpfen“ - Die Palästinensischen Sechs kämpfen gegen israelische Verleumdungen

David Kattenburg, mondoweiss.net, 05.07.22

**Gute Nachrichten kommen immer zu zweit. Acht Monate, nachdem das israelische Militär die palästinensische Menschenrechtsorganisation *Al-Haq* zusammen mit fünf anderen palästinensischen Gruppen zur „Terrororganisation“ erklärt hatte, wurde sie mit einem renommierten europäischen Preis ausgezeichnet (1), und die Europäische Kommission teilte mit, dass die Aussetzung ihrer Finanzierung „bedingungslos und mit sofortiger Wirkung“ aufgehoben werde (2).**

„Das Einfordern von Rechten vor den Vereinten Nationen oder anderen internationalen Gremien ist kein terroristischer Akt, das Eintreten für die Rechte der Frauen in den besetzten palästinensischen Gebieten ist kein Terrorismus, und die Bereitstellung von Rechtsbeistand für inhaftierte Palästinenser:innen ist kein Terrorismus“.

UN-Hochkommissarin für Menschenrechte,  
Michelle Bachelet

Der Angriff Israels auf die sechs Menschenrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen – *Al-Haq*, das *Bisan Center for Research and Development*, die *Addameer Prisoner Support and Human Rights Association*, die *Defense for Children International - Palestine*, die *Union of Agricultural Work Committees* und die *Union of Palestinian Women Committees* – wurde im Oktober 2021 vom israelischen Verteidigungsminister Benny Gantz angekündigt. Grund: ihre angeblichen Verbindungen zur *Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)*, Israels bevorzugte Begründung für die Zerschlagung palästinensischer Rechtsverteidiger (von denen einige die Strafverfolgung von Gantz vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen Kriegsverbrechen in Gaza gefordert haben. (3))

Bis auf eine (die palästinensischen Frauenkomitees) erhielt ich von allen Gruppen in ihren Büros in Ramallah und der Schwesterstadt Al-Bireh aktuelle Informationen.

Gantz' Einstufung der Organisationen als „Terrororganisation“ sei schlimmer als eine Lüge, sagten mehrere von ihnen gegenüber *Mondoweiss*. Es handele sich um eine hinterhältige und zynische Verzerrung, die darauf abziele, die Arbeit vollkommen friedlicher und legitimer Gruppen, die sich gegen die militärische Unterdrückung und die Apartheid Israels stellen, zu zerstören.

Die Erklärung von Gantz wurde von der internationalen Menschenrechtsgemeinde umgehend verurteilt.

„Das Einfordern von Rechten vor den Vereinten Nationen oder anderen internationalen Gremien ist kein terroristischer Akt, das Eintreten für die Rechte der Frauen in den besetzten palästinensischen Gebieten ist

kein Terrorismus, und die Bereitstellung von Rechtsbeistand für inhaftierte Palästinenser:innen ist kein Terrorismus“, sagte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet (4).

„Diese Bezeichnung ist ein Frontalangriff auf die palästinensische Menschenrechtsbewegung und auf die Menschenrechte überall“, so eine Gruppe von UN-Rechtsexpert:innen. „Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, die Menschenrechtsverteidiger zu verteidigen“ (5)

### **Die Verteidigung der Verteidiger kam nur langsam in Gang**

Israels bedrohliche Einstufung spiegelt die Anschuldigungen wider, die im Mai 2021 in einem 74-seitigen Dossier des israelischen Sicherheitsdienstes *Shin Bet* an verschiedene Regierungen übermittelt wurden. Das Dossier entstand aus der Verfolgung einer siebten Gruppe, den palästinensischen Gesundheitsarbeitskomitees, durch den *Shin Bet*. Im Juni 2021, als die Zahl der Covid-Infektionen und Todesfälle zunahm, wurden die Büros der Gruppe durchsucht und die Einrichtung geschlossen. Deren Leiterin, die 60-jährige Shatha Odeh, wurde daraufhin zu elf Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie „eine Position in einer Organisation innehatte, die als rechtswidrig gilt.“

Von den sechs palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die von Israel ins Visier genommen wurden, hat es keine härter getroffen als die *Union of Agricultural Work Committees (UAWC)*. Die *UAWC* leistet technische und menschenrechtliche Unterstützung für 20.000 palästinensische Landwirte und Hirten im C-Gebiet der von Israel besetzten Westbank.

Obwohl unabhängige Wissenschaftler:innen das israelische Dossier rasch entlarvten, erklärten Israels engste Verbündete, sie müssten die „Terrorismus“-Anschuldigungen untersuchen.

Da ausländische Regierungen sich absichern, ist der jüngste Menschenrechtspreis von *Al-Haq*, der am 23. Juni in Wien verliehen wurde, wie ein großer Krug Wasser in der Wüste. Der Bruno-Kreisky-Preis, benannt nach dem verstorbenen österreichischen Bundeskanzler, gehört zu den ältesten und renommiertesten Auszeichnungen für Verdienste um die Menschenrechte in Europa.

*Mondoweiss* sprach mit dem Direktor von *Al-Haq*, Shawan Jabarin, der kurz vor seiner Abreise nach Wien stand, um den Preis entgegenzunehmen. Die israelischen Angriffe sind ein „Indikator dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind“, sagte Jabarin.

„Sie können tun, was sie wollen. Sie können [unsere Laptops und Akten] konfiszieren; sie können das Büro schließen; sie können Leute verhaften; sie können mich verhaften und kriminalisieren ... Wir werden nicht aufgeben. Ich versichere Ihnen, wir werden nicht aufgeben und wir werden nicht zurückweichen.“

Nichts von alledem ist geschehen – noch nicht. Aber jeden Moment könnte so etwas passieren.

Israelische Verleumdungen und Drohungen sind für *Al-Haq* nichts Neues. Seit ihrer Gründung 1979 wurden ihre Computer gehackt, Finanzgeschäfte sabotiert und Mitarbeiter bedroht und verhaftet. Ein in den Niederlanden ansässiger Mitarbeiter, der mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Verbindung steht, erhielt Morddrohungen.

Jabarin überquerte Ende Juni problemlos die König-Hussein-Brücke nach Jordanien, um in Wien den Kreisky-Preis entgegenzunehmen, gemeinsam mit der weißrussischen (belorussischen) Oppositionsaktivistin Maria Kalesnikawa, dem österreichischen Pädagogen Martin Hochegger und der Asylkoordination Österreich.

Die jüngste Auszeichnung von *Al-Haq* sei ein „Ausdruck der Solidarität, insbesondere angesichts der jüngsten beispiellosen Angriffe [Israels]“, sagte der libanesische Schriftsteller und Journalist Elias Khoury vor dem Wiener Publikum.

Für ein anderes Mitglied der Sechs – die *Addameer Prisoner Support and Human Rights Association* – hat die israelische Einstufung als „Terrororganisation“ weitaus größere Auswirkungen. Vier Monate nach der Einstufung, Anfang März, drangen israelische Streitkräfte in die Wohnung des *Addameer*-Anwalts Salah Hammouri ein und nahmen den französischen Palästinenser in Verwaltungshaft. Hammouri wurde wegen „Verletzung der Treuepflicht“ angeklagt, und ihm droht nun der Entzug seines Wohnsitzes in Jerusalem.

Einen Monat später wurde die Generaldirektorin von *Addameer*, Sahar Francis, bei einem Flug zum Weltsozialforum in Mexiko am Flugsteig aufgehalten. Die US-Behörden hatten ihr die Durchreise verweigert, obwohl sie ein gültiges Visum besaß.

In der näheren Umgebung wurde das Büro von *Addameer* in den letzten Jahren zweimal überfallen, und mehrere Mitarbeiter:innen wurden verhaftet. Diese Vorfälle sind „Teil einer ganzen Kampagne, mit der die palästinensische Zivilgesellschaft zum Schweigen gebracht werden soll“, so Milena Ansari, International Advocacy Officer von *Addameer*, mir gegenüber.

Zahlreiche renommierte Nichtregierungsorganisationen haben *Addameer* unterstützt, darunter *Amnesty International*, *Human Rights Watch*, das *Carter Center* und die *American Bar Association*. Der Freiwillige Fonds der Vereinten Nationen für Folteropfer hat *Addameer* mitgeteilt, ihre Arbeit weiterhin zu finanzieren.

Aber die Diplomaten gehen auf Nummer sicher – „was zwangsläufig bedeutet, dass sie der israelischen Besatzung Straffreiheit zugestehen“, so Ansari gegenüber *Mondoweiss*. „Unter dem Tisch“ geben sie Israel „grünes Licht“. Je öfter sie das tun, desto größer wird die Besorgnis.

„Die israelische Besatzung wird nicht jetzt kommen und die Büros schließen. Sie werden warten, bis die Dynamik nachlässt“, sagt Ansari. „Es ist wie eine Axt über unseren Köpfen. Jeden Moment droht uns die Inhaftierung und die Schließung“.

„Ein Teil der Schikanen ist auch die Unsicherheit, in der die Beschäftigten leben. Sie haben ständig Angst, verhaftet zu werden, nur wegen der Arbeit, die sie machen. Ich lebe in Jerusalem und bin Jerusalemerin. Und an jedem Tag, den ich ein- und ausgehe und den Qalandia-Kontrollpunkt passiere, bete ich zu den Göttern oder welcher höheren Macht auch immer, dass ich nicht ihre Aufmerksamkeit erzeuge.“

Nachdem Israel die führende palästinensische Organisation zur Verteidigung der Rechte von Gefangenen zu einer „Terrororganisation“ erklärt hatte, nahm es natürlich den palästinensischen Zweig von *Defense for Children International (DCIP)* ins Visier.

*DCIP* dokumentiert die Festnahme, die Verletzung, den Tod und die Inhaftierung palästinensischer Kinder

und Jugendlicher und bietet denjenigen, die vor israelischen Militärgerichten angeklagt sind, Rechtsbeistand. *Mondoweiss* traf sich mit Ayed Abu Eqtaish, dem Direktor des Programms für Rechenschaftspflicht der Gruppe.

**Im Gefängnis müssen palästinensische Kinder durchschnittlich zwei Wochen lang in Einzelhaft verbringen, in Zellen, die nur ein paar Quadratmeter groß sind.**

*Defense for Children International, Palestine (DCIP)*

Seit dem Jahr 2000 sind über zweitausend palästinensische Kinder und Jugendliche durch israelische Soldaten und Polizisten ums Leben gekommen, sagte Abu Eqtaish *Mondoweiss*. Etwa zweihundert sind derzeit innerhalb Israels „regelrecht“ inhaftiert, außerhalb der Reichweite von Eltern und Anwälten und unter eklatanter Verletzung der Vierten Genfer Konvention (Artikel 76).

„Das Verfahren ist darauf ausgelegt, palästinensische Kinder zu schockieren und einzuschüchtern, wenn sie diese Erfahrung durchlaufen“, erklärte Abu Eqtaish gegenüber *Mondoweiss*.

Palästinensische Kinder werden getreten, geohrfeigt, geschlagen und in Stresshaltungen gezwungen. Sie sollen gestehen – auf Hebräisch, einer Sprache, die nur wenige verstehen –, sonst werden ihre Eltern und Geschwister verhaftet. Kinder unter vierzehn Jahren werden mit bis zu sechs Monaten Haft bestraft, Kinder zwischen vierzehn und sechzehn Jahren mit bis zu fünf Jahren und für das Steinewerfen gibt es bis zu zwanzig Jahre. Ab dem Alter von sechzehn Jahren werden palästinensische Jugendliche wie Erwachsene behandelt, wobei es keine Höchststrafe gibt.

Im Gefängnis müssen palästinensische Kinder durchschnittlich zwei Wochen lang in Einzelhaft verbringen, in Zellen, die nur ein paar Quadratmeter groß sind. „Ich glaube, dass jedes Kind, das dieses System durchläuft, psychisch geschädigt wird“, sagte Abu Eqtaish gegenüber *Mondoweiss*.

Nach der Einstufung als „Terrororganisation“ geht die Arbeit von *DCIP* normal weiter – mehr oder weniger. Internationale Geldgeber haben die Einstufung Israels weitgehend abgelehnt, sagt Abu Eqtaish, und die finanziellen Transaktionen liefen reibungslos.

Doch wie bei den anderen fünf Zielgruppen herrscht auch hier Unsicherheit. Die israelischen Behörden könnten jederzeit in ihr Büro eindringen oder Mitarbeiter verhaften. Die jüngste Razzia im Juli 2021 wurde auf Video aufgezeichnet.

Abu Eqtaish sagt, dass *DCIP*-Mitarbeiter ohne Probleme nach Jordanien reisen könnten. Doch könnten sie jederzeit und ohne Grund gehindert werden, ohne dass ein formelles Reiseverbot besteht.

Die Reisegötter waren nicht auf der Seite von Ubai Al-Aboudi. Al-Aboudi ist Exekutivdirektor des Bisan-Zentrums für Forschung und Entwicklung, einer weiteren der sechs palästinensischen Gruppen, die Israel für illegal erklärt hat. Das 1989 gegründete *Bisan* betreibt kritische Sozial- und Wirtschaftsforschung.

„Entwicklung für einige wenige, versus Rückentwicklung der palästinensischen Bevölkerung als Ganzes“, dagegen stünden sie, so Al-Aboudi gegenüber *Mondoweiss* in seinem Büro in Al-Bireh.

Im Kampf für palästinensische Selbstbestimmung konfrontiert Bisan sowohl die israelische Besatzung als auch ihren neoliberalen Unterauftragnehmer in Ramallah, die Palästinensische Autonomiebehörde.

„Sehr alte Leute, die alles kontrollieren“, so beschreibt Al-Aboudi Präsident Mahmoud Abbas und seine Kumpane von der Palästinensischen Autonomiebehörde, „ohne dem Volk gegenüber Rechenschaft abzulegen.“

*Bisan* steht seit Jahren im Zentrum des israelischen Fokuses. In den frühen Morgenstunden im Juli 2021, zwei Monate nachdem das 74-seitige „Terrororganisationen“-Dossier des *Shin Bet* in den europäischen Hauptstädten in Umlauf gebracht worden war, brach die israelische Polizei in die Büros des Zentrums im Herzen des „palästinensisch kontrollierten“ Gebiets A ein.

Ende April 2022 nach der Einstufung als „Terrororganisation“ durch Israel, wurde Al-Aboudi auf dem Weg nach Jordanien, wo er einen Flug nach Mexiko zur Teilnahme am Weltsozialforum nehmen wollte, die Einreise über die König-Hussein-Brücke verweigert. Al-Aboudi ist US-Bürger. Die Israelis kümmerten sich nicht darum (und schon gar nicht um Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte).

Einen Monat später, auf dem Weg zu einem Treffen der Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Westasien (*ESCWA*) in Amman, wurde Al-Aboudi erneut aufgehalten.

Seine Anwälte baten Israel um Informationen über ein offizielles Reiseverbot. Israel hat dies abgelehnt. Von den US-Behörden sei keine Unterstützung gekommen, sagte mir Al-Aboudi. Was seine offizielle Einstufung als „Terrorist“ durch Benny Gantz betrifft, so lächelt Ubai Al-Aboudi und zuckt mit den Schultern.

„Ich glaube, die Besatzer haben die Nase voll von der Arbeit, die *Bisan* und andere zivilgesellschaftliche Organisationen leisten, weil wir die Stimme des palästinensischen Volkes angesichts der israelischen Repression und der Unterdrückung durch die PA zu Gehör bringen“, sagte er gegenüber *Mondoweiss*. Doch die Einstufung ist nicht zum Lachen. „Diese Bezeichnung bedeutet wörtlich, dass das *Bisan*-Zentrum dasselbe ist wie Al-Qaida! ... Der Leiter des *Bisan*-Zentrums ist also das Gleiche wie Osama bin Laden! Das ist ziemlich verrückt.“

Nach der Einstufung wurde die Finanzierung von *Bisan* für einige Monate eingefroren. Laut Al-Aboudi ist der Geldfluss nun wieder angelaufen.

An der diplomatischen Front trifft sich *Bisan* „regelmäßig“ mit freundlich gesinnten Diplomaten aus allen Ländern. Aber entschiedene öffentliche Stellungnahmen sind eine andere Sache. „Obwohl wir aus den Hauptstädten vieler Länder direkt vermittelt bekamen, dass die israelischen Beweise nicht überzeugend sind – es gibt keine Beweise gegen die Sechs – haben einige der Länder immer noch Angst, öffentlich gegen das israelische Apartheid-Besatzungsregime vorzugehen“, sagte Al-Aboudi *Mondoweiss*.

Doch Israels Bemühungen könnten nach hinten losgegangen sein, meint Al-Aboudi. Dank der Einstufung als „Terrororganisation“ erfährt *Bisans* Arbeit mehr Aufmerksamkeit. In Zusammenarbeit mit einem Team

internationaler Akademiker:innen, darunter die in den USA ansässige Gruppe *Scientists for Palestine* (dieser Autor ist Ko-Vorsitzender ihres *Outreach Committee*), hat *Bisan* eine Vortragsreihe ins Leben gerufen, die darauf abzielt, „Palästina vollständig in die globale Bildungsgemeinschaft zu integrieren“.

Von den sechs palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die von Israel ins Visier genommen wurden, hat es keine härter getroffen als die *Union of Agricultural Work Committees (UAWC)*. Ich habe mit ihrem Generaldirektor, Fuad Abu Saif, gesprochen.

Die *UAWC* leistet technische und menschenrechtliche Unterstützung für 20.000 palästinensische Landwirte und Hirten im C-Gebiet der von Israel besetzten Westbank – den 60 % der Region, die Israel vollständig zivil und militärisch kontrolliert. Die Verteidigung ihres Zugangs zu Land und Wasser inmitten der unerbittlichen Siedlungsexpansion und der Gewalt von Siedlern und Soldaten ist ein wichtiger Teil ihrer Arbeit.

Die Hälfte der 720.000 Acres (Dunums) im C-Gebiet steht unter direkter militärischer Kontrolle, sagte Abu Saif gegenüber *Mondoweiss*. Palästinensische Beduinen haben Zugang zu 50.000 Dunums, die etwa zwei Drittel der palästinensischen Nahrungsmittelversorgung liefern. Die 20.000 jüdischen Siedler:innen des im C-Gebiets – in siebzehn Siedlungen und zahlreichen Außenposten, von denen einige vorgeben, einheimische Hirten zu sein – kontrollieren den Rest.

Die *UAWC* ist seit Jahren im Visier der israelischen Siedlungsbewegung und ihrer internationalen Lobbyisten, sagt Abu Saif. Im Jahr 2019 verhaftete die israelische Sicherheitsbehörde *Shabak* drei *UAWC*-Mitarbeiter mit angeblichen Verbindungen zur *PFLP*, von denen einer mit einem Anschlag in Verbindung gebracht wurde, bei dem eine 17-jähriger Siedlerin starb. Die *UAWC* beendete daraufhin umgehend ihr Arbeitsverhältnis und stellte die Gehaltszahlungen ein. Keiner der drei Verhafteten war an der Durchführung von international finanzierten Projekten beteiligt.

In den Monaten nach der Verhaftung führte die niederländische Regierung eine Untersuchung durch. Die *UAWC* erhält seit September 2007 indirekt Mittel aus den Niederlanden, und seit 2013 ist sie federführend an einem Ressourcenmanagementprojekt beteiligt. Die Leistung der *UAWC* sei ausgezeichnet gewesen, wurde ihnen gesagt. Ihre Einstufung durch Israel als „Terrororganisation“ hat das nun geändert.

Nachdem die niederländische Regierung die Finanzierung der *UAWC* ausgesetzt hatte, stellte sie im Januar 2022 ihre Unterstützung vollständig ein – trotz eines einwandfreien Gutachtens einer niederländischen Risikomanagementfirma.

Laut einer Erklärung der *UAWC* vom 5. Januar 2022, in der sie sich auf einen Bericht des niederländischen Außenministeriums beruft, fand die Firma weder Beweise für organisatorische oder finanzielle Verbindungen zwischen der *UAWC* und der *PFLP* noch für eine Beteiligung des Vorstands oder der Mitarbeiter der *UAWC* an „terroristischen“ Aktivitäten.

Die niederländische Regierung habe der *UAWC* die Untersuchung nicht mitgeteilt, sagte Abu Saif gegenüber *Mondoweiss*. Als Reaktion auf die Entscheidung der Niederlande haben sechzig niederländische Universitäten und Nichtregierungsorganisationen eine Erklärung unterzeichnet, in der sie die Verlängerung der Finanzierung fordern.

Spanien, Frankreich, Irland und zwei UN-Organisationen standen der *UAWC* bei. Abu Saif zufolge haben

sich die Partnernetzwerke der *UAWC* seit 2019 sogar verdoppelt.

Aber die Einstufung durch Israel als „Terrororganisation“ hat ihren Tribut gefordert. Der Ruf der *UAWC* hat gelitten, und die Zahl ihrer Mitarbeiter:innen ist seit 2019 um zwei Drittel gesunken. Reisebeschränkungen gab es für sie nicht. Abu Saif reiste kürzlich nach Genf und zurück, ohne Probleme. Und die Finanzströme fließen weiter – in Euro und jordanischen Dinar, nicht in Dollar. Doch ihr Budget ist knapp bemessen.

Abu Saif erinnert sich an den Rat eines europäischen Geldgebers. „Warum ändern Sie Ihren Schwerpunkt nicht von Gebiet C auf einen anderen Bereich? Sie würden eine große Menge Geld bekommen“, sagte der Spender. „Wir sagten ihnen: ‚Was dann? Von Gebiet C nach Ramallah zu ziehen? Sind wir eine Tanztruppe? Und dann wollt ihr uns Geld geben? Wir sind eine landwirtschaftliche Organisation!‘“

Und das Damoklesschwert hängt weiterhin am seidenen Faden über ihrem Kopf. Neben der Eingangstür der *UAWC* erinnert eine andere Tür – ramponiert und zertrümmert – an eine Wand auf dem Gehweg einer belebten Al-Bireh-Allee gelehnt, an Israels letzte Razzia im Juli 2021. Die israelische Polizei kam in den frühen Morgenstunden, wie es ihre Gewohnheit ist, schlug die Tür ein, durchwühlte die Büros der *UAWC* und verriegelte das Eingangstor – mitten im von der PA „kontrollierten“ Gebiet A, gleich die Straße hinunter von Mahmoud Abbas' Palast, der Muqata.

Abu Saif und weitere Leute wollten, dass jemand kommt und das Schloss aufbricht oder die Kette durchtrennt. „Wir fragten die Palästinensische Autonomiebehörde: ‚Okay, es ist euer Gebiet! Es sind eure Hoheitsrechte!‘“ erinnert sich Abu Saif. „Sie sagten: ‚Wir können nichts tun. Es liegt an euch. Wenn Ihr es öffnen wollt, tut es.‘“

„Wir sagten ihnen: ‚Wenn wir es öffnen, schützt ihr uns!‘ Sie sagten nein.“ Abu Saif lacht. „Das ist die Zusammenarbeit! Die Sicherheitskoordination läuft!“ Und Abu Saif fügt hinzu, dass „Terrorismus“ ein falscher Vorwand sei. „Der wahre Grund ist, die sechs wichtigsten Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft zum Schweigen zu bringen ... Das Ziel der Einstufung ist es, die Geber und Partner zu verschrecken.“

Während Abu Saif und andere geächtete Menschenrechtsaktivisten in Palästina versuchen, die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) dazu zu bringen, mehr Rückgrat zu zeigen, verklagt Palästinas altgediente Menschenrechts-NGO einen dieser Geldgeber – nachdem dieser schon einen Rückzieher machte.

Am 28. Juni gab die Europäische Kommission bekannt, dass sie die seit einem Jahr bestehende Aussetzung der Finanzierung von *Al-Haq* mit sofortiger Wirkung und ohne Auflagen aufheben wird.

Es bestehe „kein Verdacht auf Unregelmäßigkeiten und/oder Betrug im Zusammenhang mit EU-Mitteln bei der Durchführung des von der EU finanzierten Projekts“, wird die Kommission in einer Medienmitteilung von *Al-Haq* zitiert. Erfreut, aber unzufrieden, hat *Al-Haq* nun eine Klage gegen die Kommission eingereicht.

„Die Aussetzung erfolgte nicht aus echter Besorgnis über einen möglichen Missbrauch der Mittel“, schoss *Al-Haq* zurück. Die Aussetzung ziele darauf ab, „der israelischen Regierung Rückenwind zu geben bei ihren Versuchen, die palästinensische Zivilgesellschaft zu untergraben und zu diffamieren und die Stimmen der palästinensischen Menschenrechtsorganisationen und -verteidiger zu unterdrücken.“

„Wenn eine regelbasierte Akteurin wie die EU sich tatsächlich mit einer solch giftigen Kampagne verbündet, ist eine rote Linie überschritten“, sagt *Al-Haq*. Mit Hilfe eines belgischen Anwalts hatte *Al-Haq* Anfang April der EU-Kommission eine „gütliche Einigung“ vorgeschlagen. Die Kommission habe den Vorschlag ignoriert, so *Al-Haq*, „unter Verletzung ihrer vertraglichen Verpflichtungen“ und „in böser Absicht“.

Am 16. Juni reichte der belgische Anwalt von *Al-Haq* daher eine formelle Klage gegen die Kommission ein. Die erste Gerichtsverhandlung wird am 4. Juli in Brüssel stattfinden.

Nach der Freigabe der Finanzierung am 28. Juni scheint die Klage von *Al-Haq* nun gegenstandslos zu sein. *Al-Haq* wird sie dennoch weiterverfolgen.

Palästinas frisch gebackener Kreisky-Preisträger möchte von der EU die Zusicherung erhalten, dass der verbleibende Vertrag „in gutem Glauben“ fortgesetzt wird, frei von „politisch motivierten Störungen, die auf verleumderischen Behauptungen beruhen“.

Quelle: <https://mondoweiss.net/2022/07/an-axe-above-our-heads-palestinian-six-fight-israeli-smear/>

1. <https://www.alhaq.org/advocacy/20191.html>
2. <https://www.alhaq.org/advocacy/20237.html>
3. <https://mondoweiss.net/2021/10/israels-terrorist-label-for-palestinian-rights-groups-is-aimed-at-stopping-icc-probe-of-war-crimes-al-haq-founders-say/>
4. <https://www.un.org/unispal/document/un-high-commissioner-for-human-rights-bachelet-calls-israels-terrorism-designation-an-unjustified-attack-on-palestinian-civil-society-press-release/>
5. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2021/10/un-experts-condemn-israels-designation-palestinian-human-rights-defenders>

(Im Originalartikel gibt es noch weitere Links)

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de